

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Saden & Comp., Nr. 1208.

Verleger: G. Arnhold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt

Abonnementpreise: Einjahresabonnement monatlich 5000,- M. durch die Post bezogen monatlich 5000,- M. unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 1750,- M. Einzelnummer 200,- M. Sonnabendnummer 300,- M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsleiter: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6spaltige Nonpareilzeile 400,- M. auswärts 500,- M. die 8spaltige Starkzeile 1500,- M. auswärts 1800,- M. Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Wiedergabe Ermäßigung. Familienanzug. Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Verlagsänderung 150 M.

Nr. 87

Dresden, Sonnabend den 14. April 1923

34. Jahrg.

Die Triebkräfte der französischen Gewaltpolitik

Das Volk muß erst mehr Elementarunterricht in der Nationalökonomie bekommen.

Robertus: IV sog. Brief an v. Rischmann.

Die Triebkräfte der barbarischen Gewaltpolitik Frankreichs zu erkennen ist eine der dringendsten Aufgaben der sozialistischen Arbeiterklasse Deutschlands, ja der ganzen Welt. Nur mit der Methode des ökonomischen Materialismus lassen sich die Ursachen der „Sanktionen“ und „Verfehlungen“ Deutschlands durchdringen und die Erkenntnis zur Weisung bringen, daß hinter dem politischen Geschwätz der Motor kapitalistischer Klasseninteressen arbeitet. Wohl wissen wir, daß Poincaré und der nationale Block der französischen Kammer die Geschäfte der französischen Schwerindustrie betreiben, aber wir wissen zu wenig von den objektiven und subjektiven Faktoren, die im tiefsten deren wirtschaftliche Ziele bestimmen.

Im die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs und ihren Zusammenhang mit den politischen Aktionen kennen zu lernen, ist die im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin W 68, erschienene Schrift: „Frankreichs wirtschaftliche Lage von v. Ungern-Sternberg“ vorzüglich geeignet. Der große Komplex wirtschaftlicher Fragen findet darin eine allgemeinverständliche und kurz zusammengefaßte Darstellung der Rohstoffversorgung, der wirtschaftlichen Veranlagung der Bevölkerung, des Bevölkerungsproblems, der Arbeitsverhältnisse, der Finanz- und handelspolitischen Fragen, der Lage in den zerstörten Gebieten und der deutschen Rohstoffe und Kohlelieferungen. Besitzt Frankreich als weitgrößte Kolonialmacht außer seinen eigenen Rohstoffquellen auch ergiebige und noch ausbeutungsfähigere in Afrika — fast ganz Nordafrika vom Kongo bis zum Mitteländischen Meer untersteht seiner Herrschaft — so betont v. Ungern doch mit Recht, daß die weltwirtschaftliche Stellung eines Volkes nicht ausschließlich auf dem Besitz einer dreifachen Rohstoffgrundlage beruht. Vielmehr muß dieses objektive Moment begleitet werden von einer subjektiven Voraussetzung, nämlich der wirtschaftlichen Tüchtigkeit und dem Streben nach der Bevölkerung, die in Verbindung mit einer starken Volksvermehrung erst den wirtschaftlichen Aufschwung und den Reichtum einer Volkswirtschaft auf die Dauer gewährleisten.

Der objektiven Möglichkeit, daß Frankreich fast seinen gesamten Bedarf an den von ihm beherrschten Gebieten gewinnen kann, also die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Weltmachtstellung besitzt, steht jedoch die ausgesprochene Rentnerpersone seiner Bevölkerung hemmend entgegen. Daraus erklären sich die, im Vergleich mit Amerika, England und Deutschland geringe Zahl von sogenannten „Industrie-kapitalen“, die Neigung zur Projektindustrie (Panamakanal-Affäre), das Vorherrschende von Klein- und Mittelbetrieben und schließlich auch die geringe Ergiebigkeit der Getreidewirtschaft, trotz der großen Fruchtbarkeit seines Bodens. Deutschland erzielt bei weit zurückstehenden natürlichen Bedingungen 1913 23,6 Doppelzentner Weizen pro Hektar, Frankreich nur 18,3 Doppelzentner. Eine ähnliche Ertragsdifferenz ergab sich bei Roggen und Hafer; bei Kartoffeln liegt sie sogar auf über 70 Doppelzentner pro Hektar. Noch gewichtiger kommen die subjektiven Momente der Wirtschaft bei dem Bevölkerungsproblem zur Geltung. Es kommt hierbei nicht allein der Ueberschuld der Todesfälle über die Zahl der Lebendgeborenen in Betracht — für 1922 ist der französische Geburtenüberschuss 27 mal geringer als der deutsche (Estermann), sondern auch die Ueberalterung der Nation. Während der Prozentjah der männlichen Bevölkerung im Alter von 60 bis 80 Jahren 1881 nur auf 8,80 Prozent belief, war er 1911 schon auf 10,81 Prozent gestiegen. In fast gleichem Verhältnis senkte sich der Anteil der weiblichen Bevölkerung im Alter von 1 bis 40 Jahren während dieses Zeitraumes. Ueber die wesentliche Verschlechterung dieser Verhältnisse infolge des Krieges liegen noch keine statistischen Angaben vor. Wie sehr französische Patrioten die Auswirkungen der Stagnation der Bevölkerung fürchten, ergibt sich aus den verschiedenen aber wirkungslos gebliebenen staatlichen Maßnahmen zur Verjüngung der Bevölkerung. So erklärt es sich von selbst, daß Frankreich in steigendem Maße angewungen ist, sich in seinen Kolonien der Dienste der Eingeborenen und fremdstämmiger Europäer, Italiener, Spanier, Griechen, Armenier und Russen zu bedienen. Andererseits ist die Geschicklichkeit der französischen Verwaltung nicht zu verkennen, die es verstanden hat, aus den schlechten Erfahrungen früherer Jahre zu lernen und die Kolonien an die französische Kultur zu fesseln.

Die Untersuchung v. Ungerns über die Rohstoffe und Lebensmittel, die im Gebiete des französischen Reichs gewonnen werden können, bildet das Gegenstück zu den hier in den Vordergrund gerückten subjektiven wirtschaftlichen Momenten. Zunächst die Kohle! Da ergibt sich, daß Frankreich vor dem Rubreinfall durch die Saar- und Reparationskohle in seinem Bedarf völlig gedeckt war, sonst hätte es nicht erhebliche Mengen deutscher Kohle nach Spanien, Italien, der Schweiz, ja zurück nach Süddeutschland und dem Rheinland exportieren können. Anders liegen die Dinge beim Koks! Durch die Einverleibung der lothringischen Minetelager in das französische Wirtschaftsgebiet hat sich Frankreich zur größten kokenindustriellen Macht Europas erhoben. Die monatliche Durchschnittsproduktion an Kokeisen erreichte schon im Oktober und

November 1922 115,9 Prozent bzw. 118,4 Prozent des Monatsdurchschnittes von 1913. Mit dem Steigen der Eisenproduktion wächst aber der Mangel an Koks, als dem geeigneten Feuerungsmaterial. Gleichzeitig macht sich ein Zustand geltend, den die Franzosen mit „Verlegenheit des Reichtums“ bezeichnen. Frankreichs Reichtum an Erzen ist jetzt so groß, daß ihm der Absatz der Stützprodukte die größten Schwierigkeiten bereitet, da er durchaus nicht der Produktionsfähigkeit entspricht. Von 227 Schmelzen befinden sich nur etwa 109 unter Feuer. So enthält eine ökonomische Betrachtung den Rubreinfall als einen von Hunger nach Kohle und Koks veranlaßten Ausbruch! Dem mannhaften positiven Widerstand der Ruhrbevölkerung ist es zuzuschreiben, daß dieser Ausbruch für Frankreich bisher nur das negative Resultat weiterer Vertriebsaussetzungen von Kokeisen zeitigte.

Es ist selbstverständlich, daß Frankreichs günstige Lage auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes zurückwirkt. Im Januar dieses Jahres gab es dort nur 2400 aus öffentlichen Mitteln unterstützte Erwerbslose! Da die einheimischen Arbeitskräfte nicht ausreichen, ist Frankreich dauernd auf starke Zuwanderung ausländischer Arbeiter angewiesen. Ungarn schickt sie auf 100 000 jährlich. Sie rekrutieren sich aus Polen, Italien, Spanien, Griechenland und aus den Resten der im Vorkrieg aufgelösten konterrevolutionären Gendarmerie und Wagnern. In vollem Gegensatz zu der aufsteigenden industriellen Konjunktur stehen die Arbeitsverhältnisse! Die Zuwanderung ausländischer und farbiger Arbeiter hat neben der Wostauer Arbeiterarbeit die Geschlossenheit der französischen Arbeiterbewegung wesentlich beeinträchtigt. Die Unternehmer konnten den Niedergang der Lebenshaltungskosten — die Indexziffer laut vom Januar 1920 von 388 auf ungefähr 330 — in vollem Maße und noch mehr auf die Löhne abwälzen. Sie sind annähernd um den vierten Teil gegen 1919 vermindert worden. Arbeitsstellen fanden nur in beschränktem Umfange statt; wo sie erfolgten, endeten sie entweder mit einem Nachgeben der Arbeiter oder einem unangünstigen Vergleich. Der Wirtschaftsentgang ist durch das Verlangen der Metallindustriellen, die Zahl der Ueberstunden von 100 auf 200 im Jahre zu erhöhen, schwer bedroht, ganz abgesehen von seiner Abhängigkeit in der Handelsflotte und seiner Durchdringung für die Eisenbahnen. Ungarn hat mit Recht: Die soziale Lage der französischen Arbeiter-

schaft ist bedeutend schlechter als die der Deutschen! Dabei befinden sich Handel und Industrie im Stande einer steigenden Prosperität und steden unübersehbare Gewinne in ihre Taschen. Da sie aber weitere Lohnherabsetzungen planen, weil die französischen Produktionskosten zu hoch seien, so liegt es im Zuge der Entwicklung und bleibt nur eine Frage der Zeit, bis wann die Arbeiterklasse Frankreichs ihre Geschlossenheit und ihre Aktivität wieder gewinnt.

Nicht im Einklang mit der günstigen Lage der kapitalistischen Privatwirtschaft steht die finanzielle Situation des Staates. Ein schlüssiger Beweis für die Richtigkeit der Anschauung, daß die Interessen des Staates, das heißt der Allgemeinheit, mit den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft nicht zusammenfallen. Die wunde Stelle des Staatshaushaltes liegt in dem Budget der „wiederwertigenden Ausgaben“, das neben dem ordentlichen Budget geführt wird und von 1918 bis 1922 den staatlichen Betrag von rund 100 Milliarden erreicht hat. Deutschland, dem sie „Verpflichtungen“ sind, soll sie einst bezahlen. („Der Reiche bezahlt alles!“) Die Abhängigkeit der Regierung von dem Wohlwollen der französischen Industrie hat dazu geführt, den Staat mit einem so zweifelhafte Aktivum zu belasten, statt Deutschland in ausreichendem Maße zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete heranzuziehen. Der Comité Francais und angesehene Wirtschaftspolitiker haben die solche Einstellung gegenüber Deutschland verächtlich gebrandmarkt! So bestimmend auch die Einflüsse der Schwerindustrie auf die Entscheidung der Regierung sind, so darf doch deshalb der politische zur Ruhestellung führende „Ueberbau“ nicht unterschätzt werden. Die Franzosen wollen sich gegen einen deutschen Revanchekrieg sichern. Dieser politische Zweck vertritt sich sehr wohl mit dem Plane einer Vertiefung der deutschen und der französischen Schwerindustrie. Sollte es dahin kommen, und das scheint nicht ausgeschlossen, so wird die deutsche Arbeiterklasse darauf bedacht sein müssen, daß sie nicht die Freundschaft der Schwerindustriellen jenseits und diesseits des Rheins beahnt. Die moralische Ueberlegenheit der Arbeiterklasse über die freventliche Ausnutzung wirtschaftlicher Interessen bietet die Gewähr, daß die Stimme des Volkes einmal über das nationale Geschäft auf beiden Seiten triumphieren wird. Eine Betrachtung der künftigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs ermuntert um so mehr zu dieser Hoffnung, als in der Dekonomie wie in der Weltgeschichte überhaupt, die Lügen kurze Beine haben! Und gelogen wird heute wie von 1914 bis 1918!

Verstärkter Druck im Westen

Französisch-belgische Konferenz — Dringlichkeit eines deutschen Reparationsprogramms

Paris, 13. April. Die belgischen Minister Theunis und Nys sind in Paris zur Konferenz mit Poincaré eingetroffen. Nach Schluß der Sitzung der französisch-belgischen Konferenz wurde folgende amtliche Mitteilung der Presse übermittelt:

Die belgische und die französische Regierung sind in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiet fortzusetzen, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Behebung der Reparationsfrage zu machen. Beide Mächte haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und ihn so lange fortzusetzen, wie es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Vorschlägen gemacht, um die Zufuhr von Kohlen und Koks zu beschleunigen, den Eingang der Rohstoffe sicherzustellen und den Betrieb der Eisenbahnen immer mehr zu verbessern. Sie werden Sonnabend vermittels wieder zusammengetreten, um namentlich die Fragen über die Durchführung der internationalen Dienststellen, die Verwendung des Ertrags der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahmungen sowie der Sachlieferungen usw. zu prüfen.

Ueber das französische Reparationsprogramm macht der Walla Mitteilungen, die anscheinend als Führer der französischen Regierung zu betrachten sind. Danach würde Frankreich darauf bestehen, daß das Londoner Zahlungsabkommen mit den 132 Milliarden in Cash in Kraft tritt, daß sofortige Zahlungsleistungen erfolgen. 40 Milliarden Goldmark aber brauche man sofort; sie müßten durch Anleihen garantiert sein usw. Wenn solche finanzielle Anordnungen zustande kämen, so würde Frankreich zusammen, daß die Forderung des Ruhrgebietes und der Rheinlande innerhalb von 10 Jahren vollständig aufgehoben würde. Nach den 10 Jahren könnte der Völkerverbund mit einer internationalen Polizei intervenieren. Eine internationale Armee der Eisenbahnen würde geschaffen werden und gewisse strategische Punkte würden unter noch zu bestimmenden Bedingungen den Alliierten verbleiben. Der Walla glaubt, daß einzelne Punkte dieses Plans nicht den Widerstand von Paris und des übrigen englischen Kabinetts gefunden hätten.

Die Verhandlungen mit England gehen weiter. Der Londoner französische Vorkonferenzen ist bei Vonar Law gewesen und hat die Reparationsfrage besprochen. Der Walla behauptet, daß man feststellen habe, daß das Kabinett Vonar Law in keiner Weise seine Auffassung geändert habe. Offiziell heiße es die französische Politik weder gut, noch dumm, es sei, es verheißt aber nicht, daß Frankreich nicht auf dem Ruhrgebiet herausgehen könne, auch nicht bei gradweiser Klärung, ohne daß man von vornherein ernsthafte Garantien der deutschen Regierung bestimme, und ohne daß Deutschland durch eine Erfüllung den Beweis des guten Willens gegeben habe. Vonar Law und seine Kollegen seien noch fester entschlossen als jemals, in dieser Frage nicht einzugehen, solange der Rancier Cuno nicht den ersten Schritt getan habe. Die englische Regierung habe jedoch, ohne ihre Haltung der wohlwollenden Neutralität aufzugeben, durch Vermittlung mehrerer Persönlichkeiten in Berlin offiziell

wissen lassen, daß kein Angebot für eine Regelung der Reparationsfrage von der französischen Regierung in Betracht gezogen werden könne, wenn dieses Angebot hinter der Gesamtsumme von 40 Milliarden Goldmark zurückbleibe, es sei dies die letzte Grenze. Die Annäherung zwischen Frankreich und England zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Deutschland habe einen großen Schritt vorwärts gemacht.

An diesen Meldungen mag vieles richtig sein. Sie lassen erkennen, daß Frankreich an hohen Forderungen festhält und auch auf dem Wege von „Pfändern“ beharrt. Diese Pfänder sollen natürlich in der Behebung des deutschen Westens bestehen. Die englische Regierung scheint den hartnäckigen französischen Wünschen jetzt recht weit entgegenzukommen.

Die Regierung Cuno wird nun unbedingt mit einem Reparationsprogramm hervortreten müssen, da sich alles auf diesen nächsten Schritt konzentriert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besteht ebenfalls einmütig darauf, daß die Regierung Cuno Klarheit über ihre Haltung schafft und so den Weg zu Verhandlungen sichert. Zugleich gibt sie durch ein eigenes Reparationsprogramm den Verständigungsverhandlungen eine feste Grundlage. Außenminister v. Rosenbergs wird Anfang nächster Woche im Reichstage darzulegen gestellt werden. Wie weit Frankreich und Belgien ihre Forderungen, den Druck im Ruhrgebiet noch zu verstärken, in Taten umsetzen werden, bleibt abzuwarten. Die Verfügung Doguoties, daß jeder Kohlenverkehr seiner Erlaubnis bedarf, feiner die brutale Massenarrestationen der Eisenbahnen usw., lassen Schlimmes befürchten. Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Regierung mit einem aktiven Programm hervortritt.

Berlin, 14. April. Die große außenpolitische Debatte im Reichstag beginnt nach dem am Freitag gefaßten Beschluß des Reichstages am kommenden Montag.

London, 13. April. (Reuters.) Von gutunterrichteter Seite wird berichtet, daß der vom Pariser Walla veröffentlichte Reparationsplan in London gebilligt worden sei.

Erdrosselung jedes Kohlenverkehrs

Essen, 14. April. Den Behörden in Essen ist eine Verordnung des Generals Doguotte zugegangen, die bestimmt: Da die im besetzten Gebiet gelegenen Bergwerke die am 15. März fällige Kohlensteuer nicht bezahlt haben, findet künftig im ganzen besetzten Gebiet folgende Regelung des Transports von Kohle und Koks Anwendung: Kein Fahrzeug, das Kohle befördert, darf ohne Passierschein verkehren, der von der internationalen Kontrollkommission der Güter und Werke, außerdem wenn es sich um Deputat Kohle